

Wie sich die Welt vom US-Finanzkolonialismus befreien kann

Der Ökonom Michael Hudson beschreibt, wie die westlichen Mächte das internationale Finanz-, Rechts- und Politiksystem so gestaltet haben, dass es nordamerikanischen Unternehmen zugute kommt, auf Kosten der Länder des Globalen Südens. Hudson schlägt in diesem Interview mit Moderator Ben Norton auch Wege vor, wie die Globale Mehrheit dem US-Neokolonialismus Widerstand leisten kann.

6. August 2025 | Michael Hudson und Ben Norton

Ben Norton: Wir alle leben in einer Zeit großer Veränderungen. In der heutigen Welt finden massive geopolitische Verschiebungen statt, und wir erleben den Aufstieg neuer Organisationen wie der BRIC-Staaten, die mittlerweile [mehr als 50 Prozent](#) der Weltbevölkerung repräsentieren.

Die 20 Länder der erweiterten BRICS+-Gruppe machen mittlerweile auch mehr als 40 Prozent des weltweiten BIP aus, gemessen an der Kaufkraftparität (KKP).

Diese neuen, vom Globalen Süden geführten Organisationen wie die BRICS repräsentieren die globale Mehrheit. Es gibt jedoch nach wie vor ein Problem, nämlich dass die mächtigsten internationalen Organisationen heute weitgehend von den USA und den westlichen Mächten dominiert werden.

Dazu gehören Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Weltbank. Dies sind Organisationen, in denen die USA das einzige Land der Welt sind, das über ein [Vetorecht](#) verfügt.

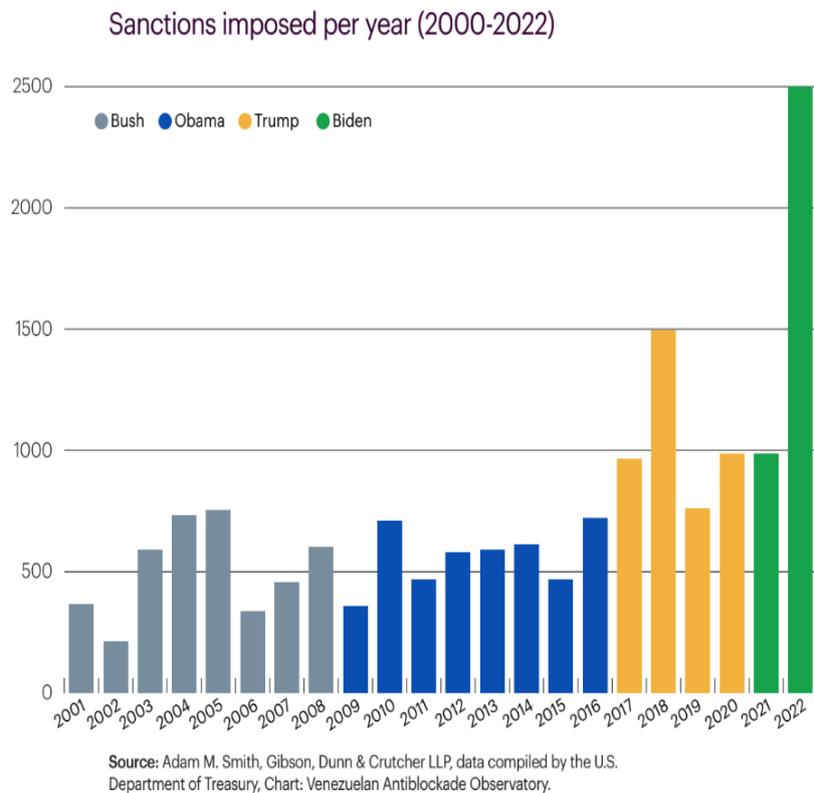


Selbst im UN-Sicherheitsrat sehen wir, dass die Macht dort konzentriert war, und die USA haben ihr [Vetorecht missbraucht](#), um andere Länder daran zu hindern, Maßnahmen in der UNO zu ergreifen, die den USA nicht gefallen, selbst wenn diese Maßnahmen von der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung [unterstützt werden](#).

Gleichzeitig erleben wir die Rückkehr von Donald Trump als US-Präsident, der mit Zöllen gegen Länder auf der ganzen Welt gedroht hat. Er nutzt Zölle als politische Waffe, um Länder anzugreifen, deren Politik ihm nicht gefällt – wie z.B. den linksgerichteten Präsidenten Brasiliens, Lula da Silva. Trump versucht, ihn und die brasilianische Regierung mit Zöllen in Höhe von 50 Prozent [zu strafen](#).

Dennoch hat Trump diese Politik der Instrumentalisierung des Dollars nicht ins Leben gerufen. Diese reicht Jahrzehnte zurück. Viele US-Präsidenten, sowohl Republikaner als auch Demokraten –

darunter Barack Obama, Joe Biden und George W. Bush – haben ebenfalls den US-Dollar und das von den USA dominierte sogenannte „internationale“ Finanzsystem instrumentalisiert – das gar nicht so international ist, wenn es von den USA kontrolliert wird.



Von US-Präsidenten verhängte Sanktionen

Alle diese US-Präsidenten verhängten einseitige Sanktionen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, um Länder zu bestrafen, deren Politik ihnen nicht gefiel, und um andere Länder daran zu hindern, Zugang zum von den USA dominierten sogenannten „internationalen“ Finanzsystem zu erhalten – Länder wie Venezuela, Kuba, Iran und sogar Russland.

Wir sind heute an einem Punkt angelangt, an dem so viele Länder von den USA mit Sanktionen belegt wurden. [Ein Drittel aller Länder](#) der Erde und 60 Prozent der Länder mit niedrigem Einkommen wurden mit Sanktionen belegt, was sie dazu gezwungen hat, nach neuen wirtschaftlichen und finanziellen Alternativen zu suchen.

Jetzt, da Trump allen Ländern der Welt mit Zöllen droht, suchen immer mehr Nationen nach Alternativen zum Handel mit den USA. Sie wollen nicht länger vom Handel mit den ihnen abhängig sein. Die gesamte internationale Ordnung – die Wirtschaftsordnung, die Finanzordnung, die geopolitische Ordnung – befindet sich also im Umbruch, und wir erleben die Entstehung von Alternativen.

Deshalb habe ich heute das Privileg, ein Interview mit dem renommierten Ökonomen Michael Hudson zu führen, der Autor zahlreicher Bücher ist, darunter „[Super Imperialism](#): The Economic Strategy of American Empire“ (Superimperialismus: Die Wirtschaftsstrategie des amerikanischen Imperiums).

Michael veröffentlichte einen sehr wichtigen Text mit dem Titel „[Der heutige Zivilisationskonflikt](#)“.

Was genau ist die globale Mehrheit? Nun, die westlichen Mächte repräsentieren nur eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung, obwohl sie den Großteil der Länder auf der Erde kolonialisiert haben.

Der Westen macht nur etwa 13 bis 14 Prozent der Weltbevölkerung (ca. 8 Milliarden) aus. Dazu gehören die USA, Kanada, Europa, Australien und Neuseeland. Dies sind die Länder des kollektiven Westens mit rund 900 Millionen Einwohnern. Der Rest der Welt, die anderen 86 bis 87 Prozent, ist die globale Mehrheit.

In diesem Artikel, den Michael geschrieben hat, und in unserem heutigen Interview erklärt er, wie die Länder der Globalen Mehrheit weiterhin Alternativen zu dem entwickeln können, was er als „US-zentrierten Finanzkolonialismus“ bezeichnet, wie China es geschafft hat, eigene Alternativen zu schaffen, und wie China ein Vorbild für andere Länder auf der ganzen Welt sein kann.

Bevor ich zum Interview komme, werde ich hier einige daraus Highlights abspielen, die einige der wichtigsten Punkte von Michael zusammenfassen:

Das von den USA und Europa geschaffene internationale Rechtssystem hindert andere Länder daran, ihre nationale Souveränität über ihr eigenes Steuersystem auszuüben. Es hindert sie daran, die Wertsteigerung ihrer Öl- und Mineralvorkommen zu realisieren; es hindert sie daran, die Monopolstellung der Eisenbahnen, Flughäfen, Häfen und anderer öffentlicher Versorgungsunternehmen, die zu Monopolen geworden sind, zurückzugewinnen, weil ihre Volkswirtschaften „thatcherisiert“ wurden.

Die Länder des Globalen Südens leiden unter dem Thatcherismus und der Reaganomics, genauso wie England und die USA vom Neoliberalismus verwüstet wurden.

Was also die globale Mehrheit und den globalen Süden konfrontiert, ist nicht nur die Befreiung von ihrem Äquivalent zum ererbten Feudalismus. Sie haben nicht wie Europa eine einheimische Landbesitzerklasse geerbt, sondern etwas noch Schlimmeres: Die Landbesitzer und Investoren in den Ländern des globalen Südens sind ausländisch, nicht einheimisch.

Bis zu einem gewissen Grad sind natürlich auch ihre klientelistischen Oligarchien Teil dieses Ganzen, um dieses gesamte System der Rentenextraktion zu unterstützen. Aber im Grunde genommen haben die Regierungen nicht die Macht, ihre eigene Wirtschaft zu steuern, und das ist keine Souveränität.

Das Interview

Ben: Michael, es ist immer eine große Freude, Sie hier zu haben. Danke, dass Sie heute bei uns sind.

Lassen Sie uns über den von Ihnen [in diesem Artikel](#) dargelegten Gedanken eines US-zentrierten Finanzkolonialismus sprechen. Was verstehen Sie unter Finanzkolonialismus? Können Sie beschreiben, wie dieses System funktioniert, und einen kurzen Überblick über seine Entwicklung und die Umstände geben, die uns zu der heutigen Situation geführt haben?

Michael: Der europäische Kolonialismus war weitgehend militärisch geprägt. Sie eroberten Länder, übernahmen die Regierung und konnten sich deren natürliche Ressourcen und öffentliche Versorgungsbetriebe aneignen.

Der Finanzkolonialismus benötigte keine militärische Zwangsausübung. Wenn man sich die Zeit um 1820 ansieht, gab es Länder wie Haiti in der Karibik, Mexiko, Brasilien, die Länder des Osmanischen Reiches, Griechenland im Jahr 1825 und später Ägypten und Tunesien, die im Wesentlichen ihre Unabhängigkeit erklärten. Oftmals war dafür eine Revolution notwendig.

Sie haben die Kolonialherren vertrieben, standen dann aber vor dem Problem: Wie sollen wir die Wirtschaft aufbauen? Denn wir haben überhaupt kein Geld mehr. Die ehemaligen Kolonialmächte, die uns beherrscht haben, haben uns unser gesamtes Geld weggenommen und uns keine industrielle Basis hinterlassen. Sie haben uns keine Infrastruktur hinterlassen. Und sie haben das gesamte Geld mitgenommen.

Was sie tun mussten, war, Kredite aufzunehmen. In den 1820er Jahren gab es ein Land nach dem anderen, Haiti, Griechenland, die alle Anleihen von britischen und französischen Bankiers erhielten. Die Brüder von [David] Ricardo leiteten die Firma, die Griechenland das Geld lieh.

Interessant ist, dass diese Anleihen fast sofort ausfielen [Zahlungsverzug]. Und es gab eine Reihe von Ausfällen, eine nach der anderen, Refinanzierung, Refinanzierung, Refinanzierung. Und jedes Mal wurden die aufgelaufenen Zinsen zu den Schulden dieser Länder hinzugerechnet, die politisch frei vom Kolonialismus waren, keine Kolonien mehr, aber finanziell nicht frei, weil sie so viel Geld geliehen hatten, dass Ende des 18. Jahrhunderts die Regierungen der Gläubigerländer – Großbritannien, Frankreich, Deutschland und andere – entweder Zentralbanken oder nationale Währungskommissionen gründeten.

Ägypten ist das führende Beispiel. Aber genau das Gleiche geschah auch in Haiti, Tunesien und anderen Ländern.

Die nationale Kommission würde sagen: „Nun, Sie sind in Verzug geraten; Sie schulden uns das Geld, das wir Ihnen für den Ausbau des Suezkanals und die Entwicklung Ihrer Wirtschaft geliehen haben. Sie müssen uns die Kontrolle übergeben.“ Das war noch in den Zeiten vor dem Internationalen Währungsfonds.

Also installierten sie, oft mit militärischer Gewalt, eine Besatzungsbürokratie, die die Kontrolle über die Finanzpolitik der Länder übernahm. Nun, wenn man es genau betrachtet, besteht die Aufgabe einer Regierung im Wesentlichen in der Finanzpolitik, denn es geht um die Finanzpolitik – wen besteuert man, wer muss Steuern zahlen und auf welche Einkünfte? Und wofür gibt man das Geld aus? Für Sonderinteressen? Für das nationale Wachstum?

Die Fiskalpolitik ist das, was Regierungen ausmacht. Und die nationalen Währungskommissionen und ihre Entsprechungen, die Zentralbanken, die die Geschäftsbanken, vor allem die ausländischen Banken, vertraten, waren letztendlich für die nationale Entwicklung verantwortlich und lenkten die Entwicklung dieser nominell freien, postkolonialen Nationen in Richtung finanzieller Abhängigkeit.

Man kann sich das Modell ansehen, das Großbritannien im 18. Jahrhundert vor der Revolution mit seinen amerikanischen Kolonien verfolgt hat. Großbritannien hinderte die Kolonien daran, ihr eigenes Geld zu schaffen; es wollte, dass die Kolonien in Amerika von britischen Kreditgebern abhängig waren. Die einzige Geldquelle bestand darin, Geld von britischen Gläubigern zu leihen.

Nun, die Kolonien – Massachusetts, Pennsylvania und andere – versuchten, ihre eigene Währung zu schaffen. Und diese ähnelte sehr den Greenbacks, die die US-Regierung während des Bürgerkriegs

druckte. Sie druckten ihre eigene Währung als ihr eigenes Geld. Die Briten versuchten, dies zu verhindern. Sie kämpften darum. Dies war einer der Hauptkonflikte, die zum Unabhängigkeitskrieg in den USA führten.

Andere Länder außerhalb der amerikanischen Kolonien, außerhalb der USA, hatten keinen solchen Konflikt. Es gab rudimentäre Entwicklungen nationaler Währungen in Brasilien, Ägypten und anderen Ländern. Aber die Art von Geld, die im 19. Jahrhundert noch verwendet wurde, war im Grunde genommen Edelmetall, Goldbarren und in Asien Silberbarren.

Auf der Grundlage dieses Kredits entstand eine Überstruktur aus Papiergeldkrediten der Geschäftsbanken. Diese Überstruktur aus Papiergeld beschränkte sich in erster Linie auf die industriellen Kapitalismusnationen.

Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA hatten ihr eigenes Geldsystem. Andere Länder mussten britisches Geld, das Pfund Sterling, oder französische Francs oder einfach Gold und Silber verwenden und hatten keine Kontrolle über ihre Geldmenge, um Geld in die Wirtschaft zu investieren, dem sie durch die Annahme als Steuern einen Wert verliehen, um ihre eigene Infrastruktur zu entwickeln.

Das hat zu dieser dualen Wirtschaft geführt. Und da diese Länder dazu angehalten wurden, nicht mit den Industrieprodukten Westeuropas oder der Industrienationen zu konkurrieren, sondern Rohstoffe zu produzieren – Baumwolle in Ägypten, nicht ihre eigene Industrie, die einige ihrer fruhlen Führer aufzubauen versuchten –, kam es zu einer Spaltung zwischen den Rohstoffproduzenten auf der einen Seite und den Industrienationen auf der anderen Seite.



Eine Karte des Zentrums und der Peripherie gemäß der Dependenztheorie
Blau: Kern; gelb: Semi-Peripherie; rosa: Peripherie

Die Industrienationen erzielten Überschüsse, die es ihnen ermöglichten, Gläubigerländer zu werden. Und die Rohstoffproduzenten wurden zu Schuldnerländern. Und als sie zu Schuldnerländern wurden, verloren sie ihre nationale Souveränität, ihre Fähigkeit, das Steuersystem und die Verwendung ihrer Steuern zu nutzen, um ihre eigenen Volkswirtschaften zu entwickeln, so wie es Westeuropa und die USA taten.

Das schuf zwei verschiedene Arten der internationalen Wirtschaft, die seit zwei Jahrhunderten bestehen.

Lösungen für den Globalen Süden

Es gibt ein Problem, mit dem die Länder des Globalen Südens und viele andere Länder der Globalen Mehrheit konfrontiert sind: Was können sie heute tun, um ihre Wirtschaft zu entwickeln?

Angenommen, sie verlassen sich aufeinander statt auf den US-Dollar. Wie können sie durch die Abkehr vom Dollar nicht nur ihre monetäre Freiheit erlangen? Die Abkehr vom Dollar bedeutet jedoch in Wirklichkeit einen Bruch mit dem gesamten westlichen System der Steuerphilosophie, des Handels und der Entwicklung, das von den USA am Ende des Zweiten Weltkriegs, 1944 und 1945, mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geschaffen und durchgesetzt wurde.

Wie werden diese Länder das Geld nutzen können, um sich selbst zu entwickeln?

Nun, diese Frage ist unter Donald Trump und seiner Zollpolitik, die meiner Meinung nach Zölle von bis zu 60 Prozent für Länder wie Laos und andere asiatische Länder und 50 Prozent für Brasilien vorsieht, dringend geworden.

Die von Donald Trump verhängten Zölle machen es den Ländern unmöglich, genügend Waren in die Vereinigten Staaten oder ihre europäischen Satellitenstaaten zu exportieren, um die Dollar zu erhalten, die sie zur Begleichung ihrer Auslandsschulden benötigen. Damit haben die USA diese Länder daran gehindert, ihre Auslandsschulden zu begleichen.

Der IWF hat Länder wie beispielsweise Argentinien aufgesucht und gesagt: „Wir leihen euch das Geld, um die Auslandsschulden zu bezahlen, aber ihr müsst Dollar beschaffen, indem ihr alles verkauft, was von euren öffentlichen Versorgungsbetrieben übrig ist; alles, was von euren Bodenschätzen, euren Ölvorkommen, eurem Bergbau, euren Wäldern, eurem Land übrig ist; alle öffentlichen Vermögenswerte, die ihr habt, müsst ihr verkaufen.“

Dadurch bleibt diesen Ländern im Grunde genommen kaum noch ein Nettovermögen. Und die USA haben ein System zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS) eingeführt.

Mit anderen Worten: Wenn eine Regierung sagt: „Lasst uns die Steuern erhöhen und die Monopoleinkünfte der Öl- und Bergbauunternehmen besteuern“, wollen sie die gleiche Art von Steuer, die Adam Smith, John Stuart Mill und alle Ökonomen der klassischen Schule im 19. Jahrhundert befürwortet haben.

Nun, das Streitbeilegungs-Gericht wird sagen: „Sie müssen Entschädigungen zahlen; Sie dürfen keine Gesetze ändern, die für ein amerikanisches oder ein mit Amerika verbundenes Unternehmen nachteilig sind. Ihnen sind die Hände gebunden.“

Das internationale Rechtssystem, das die USA und Europa eingerichtet haben, hindert andere Länder daran, ihre nationale Souveränität über ihr eigenes Steuersystem auszuüben. Es hindert sie daran, die Bewertung ihrer Öl- und Mineralienproduktion zurückzugewinnen; es hindert sie daran, das Monopol auf die Nutzung von Eisenbahnen, Flughäfen, Häfen und anderen öffentlichen Einrich-

tungen zurückzugewinnen, die zu Monopolen geworden sind, weil ihre Volkswirtschaften „thatcherisiert“ wurden.

Die Länder des Globalen Südens leiden unter dem Thatcherismus und der Reaganomics, genauso wie England und die USA vom Neoliberalismus verwüstet wurden.

Was also die globale Mehrheit und den Globalen Süden konfrontiert, ist nicht nur die Befreiung von ihrem Äquivalent zum Feudalismus. Sie haben nicht den Feudalismus geerbt, wie Europa eine einheimische Grundbesitzerklasse geerbt hat, sondern etwas noch Schlimmeres: Die Grundbesitzer und Investoren in den Ländern des Globalen Südens sind ausländisch, nicht einheimisch.

In gewisser Weise sind natürlich auch ihre Oligarchien Teil dieses Ganzen, um dieses gesamte System der Rentenextraktion zu unterstützen. Aber im Grunde genommen haben die Regierungen nicht die Macht, ihre eigene Wirtschaft zu steuern, und das ist keine Souveränität.

Wenn wir also das Völkerrecht so definieren, dass es die Souveränität der Nationen zulässt, wie können dann die Länder des Globalen Südens und die Globale Mehrheit souveräne Länder sein, wenn sie zunächst einmal ihre Auslandsschulden begleichen müssen?

Sie befinden sich in derselben Lage wie Haiti, Griechenland, Ägypten und Tunesien während des gesamten 19. Jahrhunderts, als sie sich immer tiefer verschuldeten und immer mehr von ihrem nationalen Erbe, ihren Ressourcen, an Ausländer verkaufen mussten.

Für Länder wie Haiti, das zu den am stärksten betroffenen Ländern gehört, wurde vereinbart, dass sie Frankreich Reparationen zahlen, indem sie ihm den Wert der befreiten Sklaven erstatten. Als Haiti die Sklaven befreite, erklärte es: „Jetzt sind wir ein freies Land.“ Und es war insofern frei, als die Sklaverei verboten war.

Um sich jedoch weiterentwickeln zu können, nahm es Auslandsschulden auf, und die französischen Bankiers führten im Wesentlichen ein so banken- und gläubigerorientiertes System ein, dass sich die Arbeitsbedingungen in Haiti gegenüber denen unter der Sklaverei nicht wirklich verbesserten.

Das Gleiche geschah in vielen lateinamerikanischen Ländern. Das Gleiche geschah in Ägypten und den anderen Ländern, die nominell politische Freiheit hatten. Aber aufgrund ihrer Auslandsverschuldung hatten sie keine Kontrolle über ihre eigene Politik. Und sie wurden an der Industrialisierung gehindert.

Nun, was im 19. Jahrhundert geschah, ist heute die Norm für Lateinamerika, Afrika und die postkolonialen Länder der Welt, die zu Schuldnerländern geworden sind.

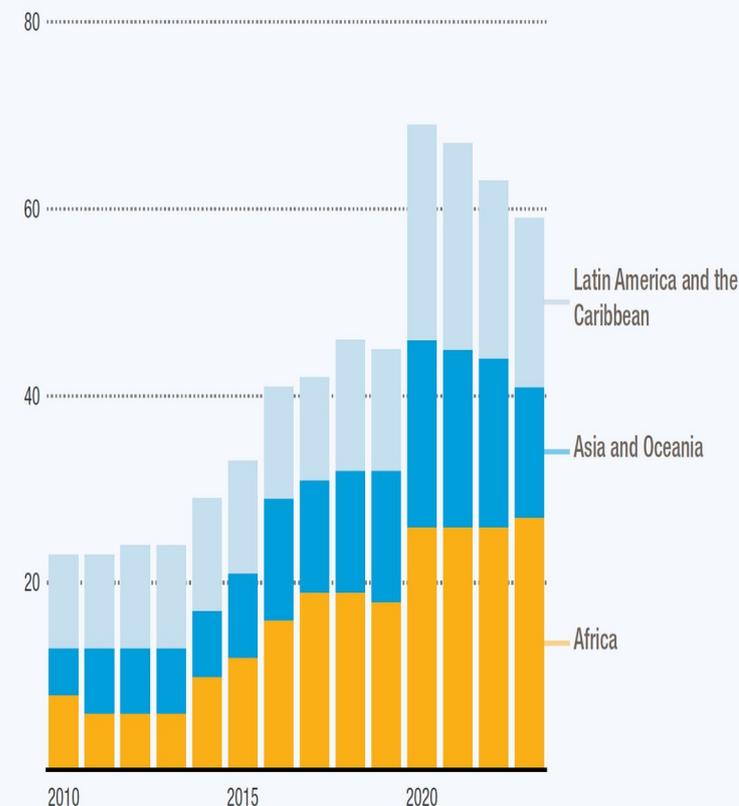
Es gibt also keine Möglichkeit, diese Schulden zu begleichen. Und insofern, als sie vom Internationalen Währungsfonds übernommen und überwacht wurden, heißt es: Nun, was wir an allen unseren Universitäten lehren, wofür Menschen den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten, ist zu zeigen, wie effizient es ist, Geld für die Entwicklung zu leihen und seine Schulden durch Senkung der Arbeitskosten zurückzahlen zu können. Alles, was man braucht, ist ein Klassenkampf; wenn man seine Arbeitskräfte ausreichend verarmen kann, wird man wettbewerbsfähiger.

Nun, das ist natürlich Unsinn. Und im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde insbesondere in den USA erkannt, dass hochbezahlte Arbeitskräfte produktiver waren als arme Arbeitskräfte. So lautete die Formulierung: arme Arbeitskräfte versus hochbezahlte Arbeitskräfte.



Figure 5
More countries face high debt burdens, especially in Africa

Number of developing countries with public debt above 60% of GDP



Source: UN GCRG - technical team calculations, based on IMF World Economic Outlook (April 2024).

Anzahl der Entwicklungsländer mit einer Staatsverschuldung von über 60 Prozent des BIP

Und die amerikanische Schule der Ökonomen wies darauf hin, dass gut ausgebildete, gut ernährte und gut untergebrachte Arbeitskräfte viel produktiver seien als arme Arbeitskräfte. All dies erforderte jedoch soziale Reformen, und die USA verhinderten soziale Reformen in anderen Ländern, insbesondere verhinderten sie Landreformen in anderen Ländern.

Seit 1945 hat die Weltbank alle Kredite an Länder blockiert, die eine Landreform vorsahen. Die guatemaltekische Regierung wurde 1953 [in einem von der CIA unterstützten Putsch] deshalb gestürzt.

US-amerikanische und europäische Investoren würden Kredite für die Entwicklung der Plantagenlandwirtschaft und den Export tropischer Nutzpflanzen vergeben, aber nicht für den Anbau von Getreide zur Selbstversorgung, um nicht in Konkurrenz zur US-Landwirtschaft und später zur ebenso protektionistischen gemeinsamen Agrarpolitik Europas zu treten.

Die Industrienationen der USA und Westeuropas haben eine große Stärke im internationalen Handel mit Lebensmittelexporten und Agrarexporten, weil sie die Landwirtschaft industrialisiert und zu einem Agrargeschäft gemacht haben.

Andere Länder wurden jedoch durch eine Kombination aus Weltbank, IWF, amerikanischer Außenpolitik und insbesondere durch die CIA sowie Dutzende politischer Morde [und Staatsstreiche] daran gehindert, ihre eigenen Nahrungsmittel anzubauen und unabhängig von den USA zu werden, damit die USA das tun konnten, was sie in den 1950er Jahren nach Maos Revolution mit China versucht hatten.

Sie wollten sagen können: „Wir werden jedem Land, das Lebensmittel an euch exportiert, den Handel mit uns untersagen und Sanktionen auferlegen; wir werden euch aushungern, wenn ihr euch nicht an das US-System haltet.“

In den 1950er Jahren war es tatsächlich Kanada, das die amerikanischen Sanktionen brach und Lebensmittel nach China schickte, um dem Land zu helfen, zu überleben. Infolgedessen beschloss China, dass es in Bezug auf Lebensmittel nicht mehr von anderen Ländern abhängig sein wollte. Man muss in der Lage sein, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, um die eigene politische und wirtschaftliche Souveränität zu schützen.

Andere Länder wurden davon abgehalten, im Wesentlichen durch die neoliberale Handels- und Investitionspolitik, die von den USA subventioniert und mit Gewalt durchgesetzt wird.

Es handelt sich nicht mehr um eine militärische Besetzung – außer in Syrien, Irak, Libyen, Chile, Argentinien und etwa 20 oder 30 anderen Ländern; natürlich ist es militärisch. Aber es ist keine Landinvasion; es ist keine Besetzung, wie es der Kolonialismus war. Es ist eine Kombination aus Wahlbeeinflussung, gezielten Attentaten und all den anderen Techniken, die der Rentierkapitalismus einsetzt und die er als „freien Markt“ und „Demokratie“ bezeichnet, wobei die Ideale der beiden Länder, die im Grunde genommen als „Demokratien“ nebeneinander stehen, die Ukraine und Israel sind.

Die „Autokratien“ sind Länder, die von einer Regierung entwickelt werden, die stark genug ist, um die Entstehung einer heimischen Oligarchie zu verhindern und die Kontrolle über ihre eigenen natürlichen Ressourcen, die Nahrungsmittelproduktion, insbesondere das Finanzsystem und die grundlegenden öffentlichen Versorgungsleistungen – das Gesundheitssystem und das Bildungssystem – zu übernehmen. So entwickelt sich die Welt im Grunde genommen.

Und die Herausforderung für die Länder des Globalen Südens und der Globalen Mehrheit ähnelt sehr stark der Herausforderung, vor der Europa vor 200 Jahren stand: Wie können wir dem Feudalismus und der Herrschaft der erblichen Landadeligen entkommen, um eine Industrieklasse zu schaffen, die darauf abzielt, autark zu werden, die Produktionskosten zu senken und zu verhindern, dass die Menschen im Schlaf ihr Einkommen verdienen? Wie können wir uns entwickeln?

Nun, das ist das ganze Problem. Wie sollen sie sich entwickeln, wenn sie nicht nur mit einer heimischen Oligarchie konfrontiert sind, sondern mit der gesamten internationalen Macht, die nicht nur durch physische Gewalt, sondern auch durch **die mentale Kraft der Ideologie** gestützt wird? Es gibt keine Ideologie mehr, die besagt, dass sich das, was sich im 19. Jahrhundert unter dem industriellen Kapitalismus entwickelt hat, zum Sozialismus weiterentwickelt hat.

Ende des 19. Jahrhunderts sprach jeder auf die eine oder andere Weise über Sozialismus. Es gab christliche Sozialisten, kommunitaristische Sozialisten, marxistische Sozialisten und libertäre

Sozialisten nach Henry George (Georgisten), die gegen einen starken Staat waren, aber für die Besteuerung von Grund und Boden.

Es gab alle möglichen Arten von Sozialisten. Und allen war klar, dass der gemeinsame Nenner der Industrieländer darin bestand, dass der Staat eine immer wichtigere Rolle bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Verkehr, Post und Kommunikation spielen musste, damit die von den Industriellen beschäftigten Arbeitnehmer nicht aus ihrem eigenen Lohn für ihre Bildung oder Gesundheitsversorgung aufkommen mussten, sondern der Staat all diese externen Kosten übernahm, um die Arbeitskosten der industriellen Arbeitgeber zu minimieren.

Die Arbeitskosten wurden nicht durch eine Senkung des Lebensstandards minimiert, sondern gingen Hand in Hand mit einem steigenden Lebensstandard. Dieser steigende Lebensstandard wurde jedoch zunehmend durch öffentliche und soziale Investitionen in soziale Reformen, Verbraucherschutz und Krankenversicherung finanziert.

Diese Philosophie wurde durch den „freien Markt“, eine Veränderung der Bedeutung des freien Marktes, im späten 20. Jahrhundert vollständig umgestürzt.

Ben: Michael, Sie haben so viele interessante Ideen erwähnt und so viele faszinierende Punkte angesprochen.

Es gibt so viele Fragen, die ich stellen könnte, aber ich möchte auf diese Idee des US-zentrierten Finanzkolonialismus zurückkommen. Sie haben dessen Entwicklung beschrieben und einige wichtige Organisationen wie den IWF und die Weltbank erwähnt.

Sie haben immer betont, dass die USA sich stets geweigert haben, einer Organisation beizutreten, wenn sie dort kein Vetorecht haben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erkannten die USA, dass sich ihnen diese Gelegenheit bot. Die imperialen Strategen in den USA sahen, dass die europäischen Imperien zusammenbrachen, weil ihre Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren und sie nicht mehr in der Lage waren, ihre Imperien aufrechtzuerhalten. Es zeichnete sich eine Welle der Entkolonialisierung ab. Und diese imperialen Strategen in den USA erkannten, dass dies der richtige Moment war, um ein US-Imperium zu schaffen.

Aber wie Sie bereits erwähnt haben, unterschied sich dies vom klassischen Kolonialismus der europäischen Imperien, die andere Länder physisch kontrollierten. Die USA hatten ein eher indirektes Imperium.

Und die USA halfen bei der Gründung von Organisationen, die sie als multilateral bezeichneten, die aber in Wirklichkeit nicht multilateral waren, sondern von den USA dominiert wurden.

So sahen wir in den Vereinten Nationen, dass die Macht im Sicherheitsrat konzentriert war und die USA und ihre Verbündeten ein Vetorecht erhielten. Dazu gehörten natürlich die USA, Frankreich, Großbritannien und sogar die ehemalige Sowjetunion und China. Zu dieser Zeit, also vor der sozialistischen Revolution in China im Jahr 1949, wurde China jedoch von der Kuomintang, den Nationalisten, regiert, die mit den USA verbündet waren. Und selbst die Sowjetunion war technisch

gesehen mit den USA verbündet, obwohl wir sahen, dass die USA bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion begannen.

Aber vergessen wir nicht, dass bei der Konzeption dieses Systems durch die USA das Vetorecht an die Verbündeten der USA in China vergeben wurde und die Volksrepublik China erst 1971 von den Vereinten Nationen anerkannt wurde.

Die USA dominieren also die UNO. Und auch heute noch missbrauchen die USA ihr Vetorecht im Sicherheitsrat. Wir sehen dies am Beispiel von Gaza, wo die USA sowohl unter Joe Biden als auch unter Donald Trump jedes Mal ihr Veto gegen Resolutionen einlegen, um diese brutale ethnische Säuberung in Gaza fortzusetzen. Das sind also die Vereinten Nationen.

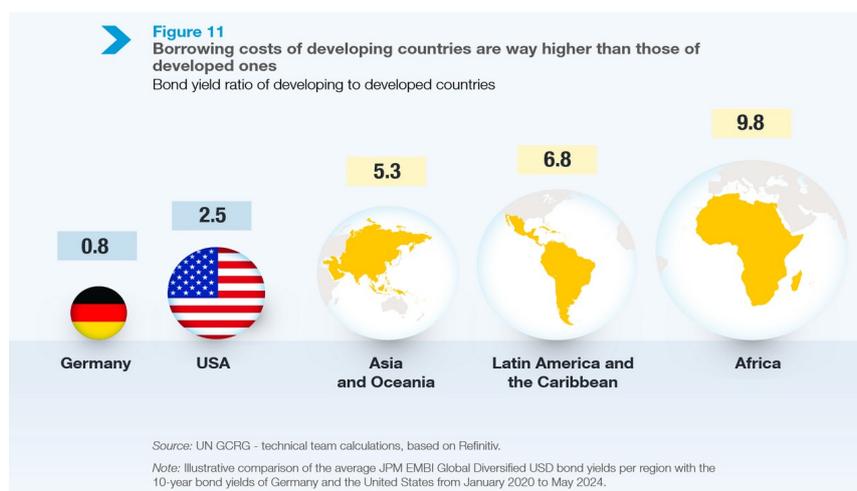
Als die Bretton-Woods-Konferenz in den USA, in New England, stattfand, erhielt die USA ein Vetorecht im IWF und in der Weltbank.

Selbst die Welthandelsorganisation (WTO) wurde von den USA lahmgelegt, indem sie die Berufungsinstanz daran hinderten, die neuen Beamten und Richter zu ernennen, die für die tatsächliche Entscheidung dieser Fälle erforderlich sind.

Damit haben die USA die WTO zerstört. Wir sehen, dass der Ruf des IWF und der Weltbank bei den Ländern des Globalen Südens völlig ruiniert ist.

Die ultimative Ironie besteht darin, dass die Länder des Globalen Südens aus den Ereignissen der 1980er und 1990er Jahre gelernt haben. Sie haben diese Art der neokolonialen Übernahme dieser Volkswirtschaften auf dem Höhepunkt der neoliberalen Ära beschrieben, als der IWF und die Weltbank Strukturanpassungen und all das durchgesetzt haben.

Die Ironie dabei ist, dass letztendlich viele Länder es heute vorziehen, Staatsanleihen auf den Kapitalmärkten zu verkaufen, vor allem an der Wall Street und in US-Dollar, weil sie dann zumindest, auch wenn sie 10 bis 20 Prozent Rendite auf diese Anleihen zahlen, nicht die von der Weltbank geforderten „Strukturanpassungsmaßnahmen“ durchsetzen müssen, wenn sie Kredite von der Weltbank aufnehmen.



Die Kreditkosten der Entwicklungsländer sind weitaus höher als die der Industrieländer:
Das Anleiherenditeverhältnis zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern

Wir sehen also, dass dieses System, das die USA am Ende des Zweiten Weltkriegs entworfen haben, am Ende ist. Es stirbt eindeutig.

Und in Ihrem Artikel haben Sie darauf hingewiesen, dass Marco Rubio – der derzeitige US-Außenminister und nationale Sicherheitsberater, der damit nach Henry Kissinger, dem berüchtigten Kriegsverbrecher, der zweite US-Beamte ist, der gleichzeitig als Außenminister und nationaler Sicherheitsberater fungiert – während seiner Anhörung vor dem Senat klar gesagt hat, dass „die globale Nachkriegsordnung nicht nur überholt ist, sondern mittlerweile eine Waffe darstellt“. Und er behauptete absurderweise, dass sie eine Waffe sei, die gegen die USA eingesetzt werde, was nicht der Fall ist:

Die globale Nachkriegsordnung ist nicht nur überholt, sondern wird nun auch als Waffe gegen uns eingesetzt. All dies hat zu einer Situation geführt, in der wir uns nun mit dem größten Risiko geopolitischer Instabilität und einer globalen Krise konfrontiert sehen, das jemals jemand erlebt hat, der heute lebt und sich in diesem Raum befindet.

Was jedoch eindeutig geschieht, ist, dass das US-Imperium nun dieses System zerstört, das es nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen hatte, um seinen eigenen Interessen zu dienen.

Und wir sehen, wie Trump sich nun sogar von der Farce, der Illusion, dass die USA den freien Handel unterstützen, entfernt. Wie Sie bereits erwähnt haben, gibt es immer viele verschiedene Beispiele für Heuchelei und Doppelmoral – Sie wissen schon, US-Subventionen für den Agrarsektor und die fossile Brennstoffindustrie, die Liste lässt sich endlos fortsetzen.

Aber Trump zerstört nun dieses System.

- Wie könnte das neue System in dieser multipolaren Welt aussehen? Und insbesondere:
- Wie kann die globale Mehrheit diesen Moment nutzen, in dem die USA das von ihnen geschaffene System zerstören?
- Und wie kann die globale Mehrheit ein System schaffen, das den Interessen der Mehrheit dient und nicht denen einer kleinen Minderheit von Kolonialmächten?

Lösung: Souveränität

Michael: Sie haben das Problem auf den Punkt gebracht, Ben.

Als die USA auf ihrem Vetorecht bestanden, sagten sie, dass sie eine souveräne Nation seien; die Definition einer souveränen Nation ist, dass kein anderes Land die Macht hat, ihr die eigene Politik vorzuschreiben. Um unabhängig und souverän zu sein, muss ein Land immun gegen ausländische Einmischung sein.

Und die USA sagen: Wir wollen ein Vetorecht, damit kein anderes Land sich einmischen und uns vorschreiben kann, was wir zu tun haben. Wir können bombardieren, wen wir wollen. Wir können uns einmischen, wann immer wir wollen, denn wir sind souverän.

Was wäre, wenn andere Länder sagen würden: Wir wollen dieselbe Definition von Souveränität, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt haben? Das würde bedeuten, dass wir uns von der Unterwerfung unter ausländische Anweisungen befreien müssten.

Nun wollen wir uns den IWF und die Weltbank ansehen. Auf dem letzten BRICS-Treffen wurde dieselbe Forderung gestellt, die schon seit einigen Jahren gestellt wird: Wir wollen, dass die Länder des Globalen Südens im IWF, in der Weltbank und im Sicherheitsrat stärker vertreten sind.

Ich halte das für eine furchtbare Idee. Das Problem besteht nicht darin, mehr Vertretung in einem IWF zu erlangen, dessen Leitphilosophie darin besteht, Klassenkampf in Form von wirtschaftlicher Austerität zu führen, Löhne zu senken, Gewerkschaften zu verbieten, um die Arbeitskosten niedrig zu halten, unter dem Vorwand, dass dies die Länder wettbewerbsfähiger und solventer macht.

Es spielt keine Rolle, wie viele Stimmen man in einem Unternehmen hat, das im Grunde genommen bis ins Mark verdorben ist. Das Gleiche gilt für die Weltbank.

Es spielt keine Rolle, ob Mitglieder des Globalen Südens ihr Stimmrecht in einer Organisation ausbauen, deren Entwicklungsphilosophie eine Philosophie der Rückständigkeit und nicht der Entwicklung ist, die die Länder des Globalen Südens herablassend als „Entwicklungsländer“ bezeichnet, als würden sie sich auf dieselbe Weise entwickeln wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Amerika, obwohl sie in Wirklichkeit eine Karikatur des industriell-kapitalistischen freien Marktes sind, der sich im 19. Jahrhundert entwickelt hat.

Lösung: Alternative Organisationen

Was wir brauchen, ist eine Reihe alternativer internationaler Organisationen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank, ja sogar zu den Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen haben versagt. Das sieht man in Israel. Das sieht man in der Ukraine. Das hat man in den letzten Kriegen gesehen, die die Amerikaner im Nahen Osten geführt haben.

Die Vereinten Nationen sind nicht in der Lage, die Regeln der Vereinbarung und die internationale Philosophie, die ihren Gründungsdokumenten zugrunde liegen, durchzusetzen. Ihre Durchsetzungskraft ist gelähmt und die USA sind in der Lage, anti-globale Mehrheitsführer wie [Generalsekretär António] Guterres an die Spitze der Vereinten Nationen zu bringen; außerdem sind die USA bereit, Führungskräfte der Vereinten Nationen zu ermorden, wie sie es vor 50 Jahren im Fall [Patrice] Lumumba getan haben.

Es muss eine neue internationale Organisation geben, der weder die USA noch ihre Satellitenstaaten angehören, wie Deutschland und andere europäische Länder, die sich weit nach rechts bewegen, hin zu dem, was früher Faschismus genannt wurde und was die Deutschen selbst als Neonazismus bezeichnen.

Der Kanzler Friedrich Merz sagt, „wir werden die Wehrmacht wieder aufbauen, so wie sie früher war, und dieses Mal werden wir gewinnen“. Es ist, als wolle Deutschland den Zweiten Weltkrieg neu starten.

Nun, die Vereinten Nationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert. Das ist ihnen nicht gelungen.

Wir brauchen eine Reihe völlig neuer internationaler Organisationen, die die tatsächliche globale Mehrheit vertreten, nicht die 15 Prozent des „Gartens“ Europas gegenüber den 85 Prozent des „Dschungels“ der Mehrheit.

Wir brauchen eine Organisation des wirtschaftlichen „Dschungels“, die ihn zu dem macht, was der industrielle Kapitalismus im 19. Jahrhundert zu schaffen versprochen hat: einen Garten.

Ben: Ja, und ich denke, wir sehen bereits die ersten Ansätze dieser neuen Organisationen. Auch wenn diese Organisationen selbst nicht das Endziel sind, können sie doch der Anfang davon sein, eine Alternative, die sich beispielsweise in Organisationen wie den BRICS entwickelt.

Die BRICS haben die Neue Entwicklungsbank, die NDB, früher bekannt als BRICS-Bank, die als Alternative zur Weltbank gegründet wurde.



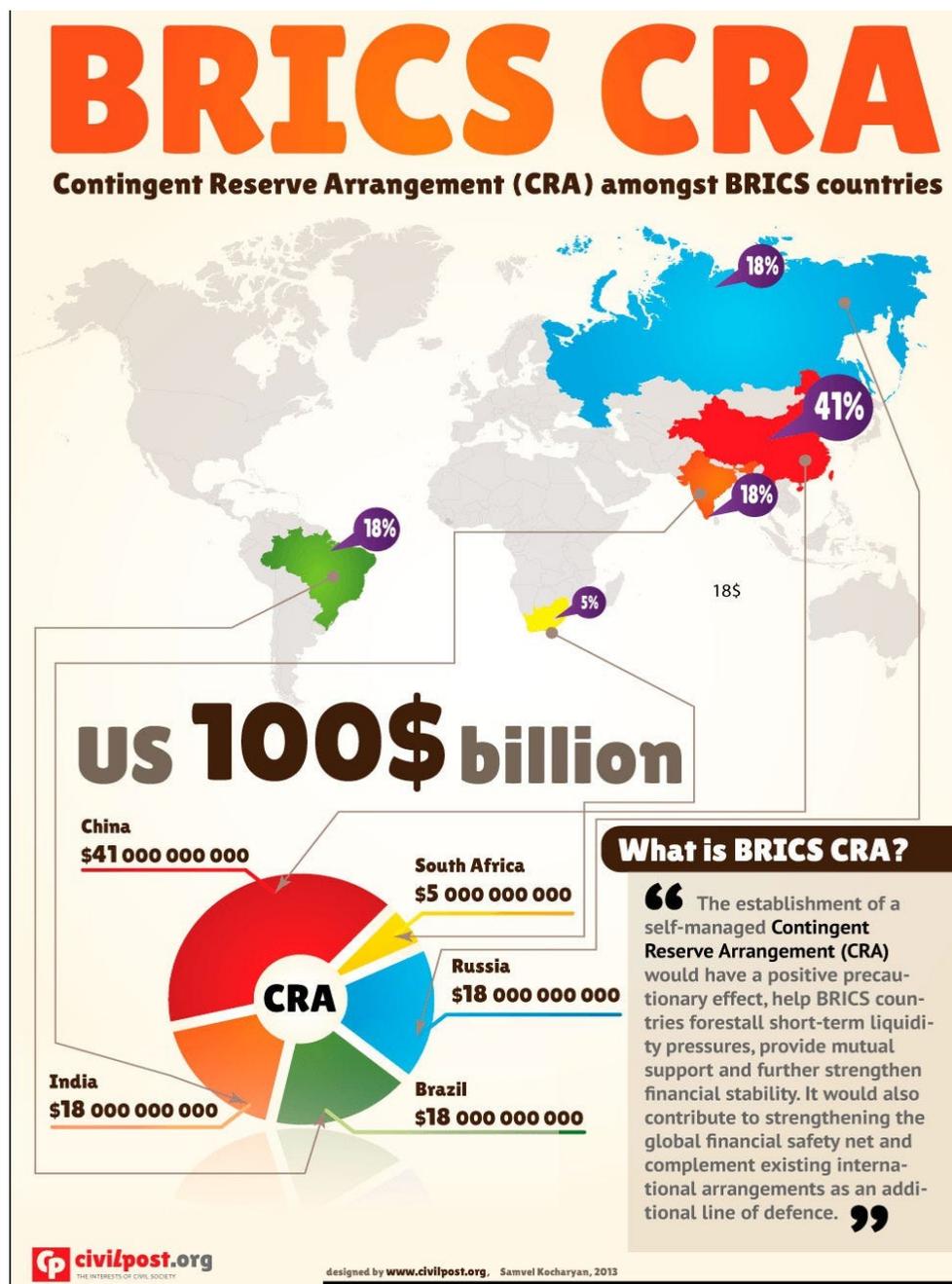
Die Vorstandssitzung der Neuen Entwicklungsbank im April 2023

Und sie haben auch die schlecht benannte Contingent Reserve Arrangement (CRA), die als Alternative zum IWF geschaffen wurde. Die CRA befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium. Es gibt noch viel zu tun.

Die Einrichtung einer selbstverwalteten Kontingentreserve-Vereinbarung (CRA) hätte eine positive Vorsorgewirkung, würde den BRICS-Ländern helfen, kurzfristigen Liquiditätsengpässen vorzubeugen, gegenseitige Unterstützung bieten und die Finanzstabilität weiter stärken. Sie würde auch zur Stärkung des globalen Finanzsicherheitsnetzes beitragen und bestehende internationale Vereinbarungen als zusätzliche Verteidigungslinie ergänzen. (siehe Grafik S. 15).

Aber bei den letzten beiden BRICS-Gipfeltreffen – [2024 in Kasan, Russland](#), und dann dieses Jahr, 2025, in Rio de Janeiro, Brasilien – wurde in beiden von den BRICS-Ländern unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen die Bedeutung der Stärkung dieser Organisationen hervorgehoben.

Darüber hinaus gibt es viele weitere kleinere Organisationen, darunter auch Offshore- oder Rohstoffbörsen, die genutzt werden können – beispielsweise eine Goldbörse –, um Handelsungleichgewichte zwischen den BRICS-Ländern auszugleichen.



Kontingentreserve-Vereinbarung (CRA)

Dann gibt es noch andere Organisationen. Wir haben die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit.

Aber ich denke, auch das ist noch nicht das Ende. Das ist nicht die voll entwickelte Alternative, die die Welt braucht. Ich denke, das ist nur ein Beispiel für die Richtung, in die sich die Welt bewegt.

Und das bringt mich zu der Frage, die ich Ihnen stellen wollte, Michael, nämlich dass Sie über die Bedeutung der Entwicklung von Alternativen gesprochen haben. In Ihrem Artikel sprechen Sie auch über andere mögliche Strategien, darunter die Möglichkeit der Länder der Globalen Mehrheit im Globalen Süden, die größtenteils in Dollar-Schulden gefangen sind, die sie nicht bezahlen können; es ist ihnen unmöglich, diese zu bezahlen.

Also sollten sie es einfach nicht bezahlen. Und sie sollten sich zusammenschließen und gemeinsam beschließen, dass sie nicht zahlen werden, dass sie zahlungsunfähig werden, und die Eigentümer ihrer Staatsanleihen, darunter viele Finanzunternehmen an der Wall Street, diese Finanzunternehmen, die als Geierfonds bekannt sind und von Leuten wie dem Milliardär Paul Singer von Elliott Management angeführt werden, sollten einen massiven Verlust hinnehmen oder einfach ihre gesamte Investition verlieren.

Sie sollten massive Verluste hinnehmen oder einfach ihre gesamte Investition verlieren. Sie wussten, dass sie in sehr riskante Anleihen investierten. Sie sollten einfach nicht bezahlt werden.

Das ist also eine Idee, die Sie vorgeschlagen haben. Können Sie zum Abschluss noch über konkrete Ideen für Maßnahmen sprechen, die die globale Mehrheit ergreifen kann, um eine konkrete Alternative zu entwickeln?

Es fehlt eine Wirtschaftsphilosophie

Michael: Was den BRICS-Staaten bisher fehlt, ist eine klare Wirtschaftsphilosophie. Sie haben darüber gesprochen, wie sie ihre Position innerhalb der bestehenden neoliberalen Wirtschaftsphilosophie und sogar innerhalb des IWF und der Weltbank verbessern können.

Der IWF hat sich sehr geschickt verhalten. Er hat die reaktionärsten Vertreter des Globalen Südens für seinen Verwaltungsrat gefunden und sie sind Uncle South – ich wollte eigentlich Uncle Toms sagen –, weil sie aus den Ländern des Globalen Südens kommen und diese vertreten.

Es gibt die Illusion, dass, wenn man einen rechtsgerichteten, neoliberalen, rentenorientierten, gläubigerfreundlichen Kandidaten ernennt, dieser dann irgendwie das Land repräsentiert, aus dem er stammt, das aus der heimischen Gläubigeroligarchie hervorgegangen ist, die Teil davon ist.

Das ist eine Farce. Eine taktische Maßnahme innerhalb des IWF, der Weltbank und der UNO reicht nicht aus. Man braucht eine Leitphilosophie.

Sie haben sich zu Recht auf die Frage konzentriert, was man gegen die Auslandsverschuldung tun kann. Die Unterscheidung wurde bereits vor einem Jahrhundert getroffen, nämlich mit dem Konzept der „odious debt“ (verabscheuungswürdige Schulden). Eine solche Schuld wird definiert als eine Schuld, die ohne Nutzen für das kreditnehmende Land auferlegt wird.

Angenommen, die Länder des Globalen Südens würden folgendes Gesetz erlassen: Ein Kreditgeber ist verpflichtet, die Kreditwürdigkeit des Landes, an das er Kredite vergibt, zu beurteilen. Kriterien:

- Wenn der IWF einen Kredit an ein Land wie Argentinien gibt, der lediglich dazu dient, die mörderische neofaschistische, terroristische Oligarchie, die die Amerikaner installiert haben, durchzusetzen und jede Art von sozialistischer Reform zu bekämpfen;
- wenn Kredite an Länder vergeben werden, die keine sichtbaren Zahlungsmittel haben;
- wenn Kredite an die Ukraine vergeben werden, die sich mitten in einem Krieg befindet, entgegen allen Regeln des IWF, die Kredite an Länder im Krieg verbieten, entgegen allen Regeln des IWF, die Kredite an Länder ohne sichtbare Rückzahlungsmittel verbieten;

dann handelt es sich um eine verabscheuungswürdige Schuld, die nach dem Gesetz illegal ist.

Tatsache ist, dass mittlerweile die gesamten Schulden des Globalen Südens verabscheuungswürdig sind. Sie wurden ohne jegliche Verantwortung der Anleihegläubiger und der Regierungen und IWF-Institutionen, die sich als Gläubiger beteiligt haben, gewährt, ohne sicherzustellen, dass die Kredite diesen Ländern die Möglichkeit geben, die Mittel zur Rückzahlung zu generieren.

Wenn einem Land ein Kredit gewährt wird, ohne dass man eine Vorstellung davon hat, wie es diesen zurückzahlen kann, handelt es sich per Definition um eine verabscheuungswürdige Schuld. Es ist ein fauler Kredit. Und diese faulen Kredite sollten nach internationalem Recht getilgt werden.

Wenn man eine neue Alternative zu den Vereinten Nationen schafft, die den vereinten 85 Prozent der Nationen dieser Welt dient, dann sollte dies unbedingt im Mittelpunkt des Rechts stehen: die Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Krediten.

Das Gleiche sollte auf den Unterschied zwischen produktiven und unproduktiven Investitionen ausgeweitet werden. Einem Land einen Kredit zu gewähren, ein öffentliches Versorgungsunternehmen zu kaufen und dann einfach die Preise für öffentliche Dienstleistungen zu erhöhen, ist keine produktive Investition, sondern eine renditeorientierte Investition. Renditeorientierte Investitionen sind nicht im Interesse des Landes, dessen Einkommen abgeschöpft wird. Es handelt sich wiederum um eine verabscheuungswürdige Investition.

Die gesamte klassische Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Krediten, produktiver und unproduktiver Arbeit, produktiven und unproduktiven Investitionen – all diese Diskussionen, die für die Blütezeit der klassischen politischen Ökonomie im 19. Jahrhundert von zentraler Bedeutung waren, müssen wiederbelebt werden. Sie müssen als zentrale Leitdefinition dafür dienen, was es bedeutet, eine souveräne Nation zu sein, die für ihre eigene Entwicklung verantwortlich ist und die Aufgabe hat, die Interessen ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung, ihre eigene Arbeit, ihr eigenes Land vor die Interessen ausländischer Gläubiger, vor die Interessen der Anleihegläubiger, vor die Interessen der Rentiers zu stellen.

Darum ging es in der gesamten Revolution des 19. Jahrhunderts. Darum ging es in der industriellen kapitalistischen Werttheorie und der Rententheorie. Das muss der Kern der Reformen auf der ganzen Welt sein.

Das Problem ist, dass viele dieser Länder des Globalen Südens von Oligarchien regiert werden, die durch politische Einmischung der USA, insbesondere in Lateinamerika, seit den 1950er Jahren installiert wurden; von all den Diktatoren, die sie eingesetzt haben, den Regierungen, die sie im Namen der United Fruit Company gestürzt haben; den Angriff auf Chile, als dort ein sozialdemokratischer Führer [Salvador Allende] gewählt und von Pinochet, Kissinger und Nixon gestürzt wurde, die dann eine ganze Terrororganisation in ganz Lateinamerika [Operation Condor] aufbauten, die sich bis nach Argentinien erstreckte und in weiten Teilen Lateinamerikas ähnliche faschistische Diktaturen errichtete.

All das muss beseitigt werden, genauso wie der Feudalismus in Europa beseitigt werden musste. Das ist die Herausforderung.

Und es handelt sich dabei nicht um eine taktische Herausforderung, sondern um eine strategische Entwicklungsidee. Wie gestaltet man eine Organisation der Vereinten Nationen, die diesmal wirklich funktioniert? Anstatt sich von den USA und der Einrichtung internationaler Gerichte wie dem

Investor-Staat-Streitgericht, das andere Länder an einer souveränen Finanzpolitik hindert, vereinnahmen zu lassen.

Ben: Michael, wieder einmal bringen Sie so viele faszinierende Punkte zur Sprache und liefern so viele wichtige historische Hintergründe.

Möchten Sie noch etwas hinzufügen, bevor wir zum Schluss kommen? Denn was Sie gerade gesagt haben, war eigentlich eine sehr gute Überleitung zum zweiten Teil dieser Diskussion.

Im ersten Teil haben wir also darüber gesprochen, was Sie als ein System des US-zentrierten Finanzkolonialismus bezeichnen, wie es entstanden ist, wie es aussieht, welche Institutionen dieses System ausmachen und welche Alternativen die Länder der Globalen Mehrheit entwickeln können. Sie haben argumentiert, dass China eine konkrete Alternative entwickelt hat, die ein gutes Vorbild für andere Länder ist.

Im zweiten Teil werden wir uns eingehend mit dem Wachstum dieser Art von neo-feudaler Grundbesitzeraristokratie befassen und damit, wie Rente, also die Erhebung von Rente, zur dominierenden Form der Wirtschaftstätigkeit in den finanzialisierten neoliberalen Volkswirtschaften des Westens geworden ist, im Gegensatz zur Produktion, die im Zentrum des industriellen Kapitalismus stand.

Das wird also Teil zwei unserer Diskussion hier sein. Haben Sie zum Abschluss von Teil eins noch irgendwelche abschließenden Gedanken?

Michael: Nein, das klingt wunderbar. Sie haben es sehr gut zusammengefasst, Ben.

Ben: Vielen Dank, dass Sie dabei waren. Wie gesagt, dies war der erste Teil unserer Diskussion. Schauen Sie sich auf jeden Fall auch den zweiten Teil an.

Nochmals vielen Dank, Michael, dass Sie bei uns waren. Es ist immer eine große Freude.

Michael: Vielen Dank für die Einladung, Ben.